

Ein strategischer Kompass für die östliche Nachbarschaft Mit prinzipientreuem Pragmatismus gegen die Skrupellosigkeit Moskaus und Ankaras

Immer noch mangelt es der Europäischen Union an einer kohärenten und effektiven außen- und sicherheitspolitischen Herangehensweise in der östlichen Nachbarschaft. Das schwächt die Rolle der EU in der Region und lässt Russland und der Türkei meist freie Hand bei ihren autoritären und konfliktverschärfenden Aktivitäten, die lokale Unsicherheitsfaktoren verstärken. Angesichts der drohenden Marginalisierung der EU bei sicherheitspolitischen Fragen in der Region sollte die Weiterentwicklung entsprechender EU-Instrumente und Kooperationsformate in den Prozess um den Strategischen Kompass einfließen. Hier ist neben einzelnen militärischen Maßnahmen besonders an zivile Instrumente zu denken, auch wenn diese die sicherheitspolitische Lage nicht über Nacht verändern werden.

Schlagworte: Europäische Union, Globalstrategie, Strategischer Kompass, Russland, Östliche Partnerschaft, Türkei

von Sonja Schiffers

Kontext

In ihrer *Globalstrategie* betont die EU, dass Werte und Interessen eng miteinander verflochten sind und es ohne eine friedliche Nachbarschaft keine Sicherheit in der EU geben kann. Mit dem *Strategischen Kompass* will sie nun konkreter werden und ein neues Grundlagendokument schaffen, um sicherheitspolitische Einigkeit und Handlungsfähigkeit zu fördern. Dabei sollte die EU die östlichen Nachbarn systematisch berücksichtigen und sich an den folgenden, eng verknüpften Zielen orientieren:

1. dem in der Region entstandenen sicherheitspolitischen Vakuum, das zunehmend von Russland und der Türkei gefüllt wird, verstärkt eigene Maßnahmen entgegenzusetzen, u.a. im Bereich des Krisenmanagements und der Fähigkeitsentwicklung;
2. internationales Recht und Menschenrechte so als wichtigen Maßstab in der Region aufrechtzuerhalten, auch wenn diese nicht immer durchgesetzt werden können.

Analyse

Über die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Östliche Partnerschaft (ÖP) versucht die EU seit vielen Jahren, Demokratie, Wohlstand und Stabilität in der Region zu fördern. Ihr insgesamt schwach ausgeprägtes sicherheitspolitisches Engagement in der Region erfolgte bislang primär in anderen Arenen: über zivile Instrumente der Gemeinsamen Sicherheits-

und Verteidigungspolitik (GSVP) sowie breitere außenpolitische Maßnahmen, etwa die Verhängung von Sanktionen gegenüber Russland in Reaktion auf die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ukraine oder die zivilen GSVP-Missionen in der Ukraine und Georgien.

Inwieweit das bestehende EU-Engagement tatsächlich zu Frieden und demokratischer Stabilität in der Region beigetragen hat, ist fraglich. Unzweifelhaft ist, dass sich Stabilität in der Region nicht herbeiführen lässt, ohne weitere externe Akteure in den Blick zu nehmen. Insbesondere Russland und die Türkei tragen durch ihre aggressive Außenpolitik maßgeblich zur Destabilisierung von Staaten wie der Ukraine, Georgien und Armenien bei und konterkarieren damit die Ziele der EU.

Russland hat seine militärische Präsenz in der Region in den letzten Jahren massiv ausgeweitet: Teils auf Einladung, teils durch Besetzungen sind inzwischen mehrere zehntausend russische Truppen auf den Staatsgebieten der Ukraine, Moldaus, Georgiens, Belarus, Armeniens und Aserbaidschans stationiert. Auch die Türkei hat ihre militärische Präsenz in der Region vertieft und kooperiert eng mit Georgien, der Ukraine und besonders Aserbaidschan.

Rhetorisch benennt die EU die destabilisierende Rolle Russlands und der Türkei regelmäßig. In der politischen Praxis mangelt es jedoch oft an konkreten Schritten. So hat die EU zwar Sanktionen im Russland-Ukraine-Konflikt verhängt – die schleichende de-facto-Annexion Abchasiens und Südossetiens sowie

die Unterstützung des brutalen Lukaschenko-Regimes zogen für den Kreml jedoch keine Konsequenzen nach sich. Dass auch die Türkei in der Region bisweilen gegen die EU- und NATO-Interessen agiert, hat der Bergkarabachkrieg 2020 deutlich gezeigt. Auch hier hat Brüssel keine Maßnahmen gegen die türkische Unterstützung für die Militäroffensive Aserbaidschans ergriffen – geschweige denn gegen Aserbaidschan selbst.

Bei den letzten hochrangigen Besuchen in Moskau und Ankara hat die Union zudem gezeigt, dass sie Putins und Erdogans Machtspiele weiterhin nicht versteht. Damit macht sie sich nicht nur unnötig klein, sondern verliert auch Glaubwürdigkeit in ÖP-Ländern wie der Ukraine und Armenien.

Fazit

Die EU muss sich der Frage stellen, welche außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen sie Russland und der Türkei entgegensetzen kann. Es Moskau und Ankara gleichzutun und ebenfalls ohne Rücksicht auf Verluste zu agieren, entspräche nicht dem europäischen Verständnis einer regelbasierten internationalen Ordnung. Stattdessen sollte prinzipientreuer Pragmatismus, den die EU bereits in der Globalstrategie vorschlug, als Richtschnur dienen: mehr Engagement, aber nicht „mit dem Kopf durch die Wand“ – und unter Berücksichtigung möglicher unbeabsichtigter Folgen.

Der Strategische Kompass und seine vier Körbe bieten eine gute Gelegenheit, in eine solche Debatte einzusteigen. Im Hinblick auf **Krisenmanagement (1)** sollte die EU ihre Interessen in der ÖP-Region entschiedener vertreten. Hierzu ist eine gute Verknüpfung mit Maßnahmen jenseits der GSVP nötig – und deren Ausbau. Beispielsweise hat die EU mit dem Menschenrechtssanktionsmechanismus ein neues Instrument geschaffen, das eingesetzt werden sollte, um konflikttreibende Eliten unter Druck zu setzen.

Literatur:

- >>> Bond, Ian, Scazzieri, Luigi, & Aydın-Düzgit, Senem (2021). EU Foreign, Security and Defence Policy Co-Operation With Neighbours: Mapping Diversity. Centre for European Reform. Verfügbar unter <https://www.cer.eu/publications/archive/policy-brief/2021/eu-foreign-security-and-defence-policy-co-operation>
- >>> Gressel, Gustav C. (2020). The Eastern Partnership's missing security dimension. Zentrum Liberale Moderne. Verfügbar unter https://libmod.de/wp-content/uploads/LibMod_PolicyPaper_EasternPartnership3.pdf

Dr. Sonja Schiffrers, Heinrich-Böll-Stiftung

Das [Forum Neue Sicherheitspolitik](#) der Heinrich-Böll-Stiftung wurde im November 2019 gegründet und ist eine Ideenwerkstatt grünnaher *mid-career* Expert*innen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Publikationen des Forums geben weder die Position der Heinrich-Böll-Stiftung noch die der grünen Partei wieder, sondern verstehen sich als Debattenbeiträge für die grüne Außen- und Sicherheitspolitikdebatte. Über Themensetzung und Inhalt dieser Impulspapierreihe entscheiden die Autor*innen.

Auch im Bereich der Mediation sind die Möglichkeiten bei inner- wie zwischenstaatlichen Konflikten nicht ausgeschöpft, wie die recht erfolgreiche EU-Mediation im georgischen innenpolitischen Konflikt kürzlich zeigte. Im Bergkarabachkonflikt könnte die EU sich beispielsweise für eine *International Fact Finding Mission* oder die Ahndung von Kriegsverbrechen einsetzen. Hierzu wäre auch eine Zusammenarbeit mit Russland, dessen Rolle nicht in allen Konflikten in der Region gleich destruktiv ist, denkbar.

Im Bereich der **Fähigkeitsentwicklung (2)** und **Stärkung der Resilienz (3)** gibt es viel Potenzial für die Zusammenarbeit mit interessierten ÖP-Partnerländern; so könnte die EU die Partner stärker in den Bereichen kritische Infrastrukturen, Cyberabwehr und Umgang mit Desinformation unterstützen und gleichzeitig von deren vielfältigen Erfahrungen mit entsprechenden Attacken lernen.

Bei den **Partnerschaften (4)** sollte die EU mit Blick auf die östliche Nachbarschaft nicht nur NATO und OSZE, sondern auch interessierte ÖP-Staaten berücksichtigen. Die Ukraine, Georgien und Moldau sind bereits seit Jahren an GSVP-Missionen beteiligt; es kann daher niemanden verwundern, dass sie im Gegenzug mehr sicherheitspolitische Kooperation fordern. So könnte insbesondere die Rüstungs-Zusammenarbeit, potenziell auch im Rahmen von PESCO, ausgebaut werden.

Natürlich wird die EU durch diese Art von Engagement weder über Nacht die Konflikte in den ÖP-Staaten lösen, noch mögliche künftige Konflikte verhindern können. Das geopolitische Machtgefüge wird sich ebenfalls nicht unmittelbar verändern. Doch angesichts der Herausforderungen in der Region wäre es eine vertane Chance, den Strategischen Kompass nicht auch zur Schärfung des außen- und sicherheitspolitischen Blicks auf die östliche Nachbarschaft zu nutzen.